

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Juni 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die schwierige Situation in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält auch in dieser Sitzungswoche nach den Gesprächen im Koalitionsausschuss vom Dienstag an. Die letzten zwei Wochen waren intensiv, geprägt von Diskussionen untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis. Meine Bundestagsfraktion ist sich bewusst, dass noch schwere Tage vor uns liegen.

Innerhalb der Union sind wir uns in den Zielen einig: Wir wollen Migration weiter nachhaltig steuern und ordnen und die Zahl der kommenden Flüchtlinge über das schon erreichte Maß weiter reduzieren. Wir sind uns auch einig, dass der Versuch der Bundeskanzlerin richtig ist, bi- oder multilaterale Absprachen mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten zu treffen, die von der Migrationsbewegung besonders betroffen sind. Wir alle wollen, dass nicht Schlepper oder Flüchtlinge den EU-Staat aussuchen, in dem ein Asyl-antrag gestellt wird. Eine nachhaltige Lösung der Migrationsfrage werden wir am besten gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erzielen können. Entscheidend ist, dass weniger Flüchtlinge in die EU kommen, wir wollen ihnen stattdessen in den Herkunfts- und Transitstaaten helfen. Das ist eine Herkulesaufgabe, bei der wir seit 2015 schon viel erreicht haben. Die Migrationszahlen der EU (siehe Seite 4) zeigen eindrücklich, dass wir mittlerweile das Niveau von vor der sogenannten Flüchtlingskrise erreicht haben. Es gibt kein 2015, kein 2016 und auch kein 2017.

Dennoch das Ziel, „2015“ auch künftig zu verhindern, eint uns, bei der Frage nach den richtigen Maßnahmen sind wir bei fast allen einig. Jede Anstrengung, jede Mühe lohnt, diese Ziele gemeinsam umzusetzen und so unserem Land zu dienen. Das können wir am besten als starke Union, wie der Blick auf die fast 70-jährige Geschichte der Bundesrepublik zeigt. Dieser Geist sollte uns auch in den Tagen nach dem Europäischen Rat leiten, wenn wir die Ergebnisse bewerten.

Darüber hinaus, wurden in der letzten Sitzungswoche vor der Haushaltswoche aber auch wichtige Beratun-



gen beispielsweise zur Deutschen Welle, zum Atomgesetz, zur Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegeberufe und vielem mehr geführt. Auf www.bundestag.de können Sie sich die Debatten gern auch im Nachhinein jederzeit ansehen.

Zentraler Tagesordnungspunkt in dieser Woche war die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu den Brüsselgipfeln (Europäischer Rat und NATO). Die wichtigsten Ergebnisse des Europäischen Rates fasse ich Ihnen in diesem Brief aus Berlin kurz zusammen. Ich stelle Ihnen zudem den Inhalt der „Meseberger Erklärung“ aus der vergangenen Woche vor. Kurze Texte finden Sie auch zum Thema Rückkehr Deutschlands in den UN-Sicherheitsrat und Griechenlands an den Kapitalmarkt. Außerdem traf ich am Mittwoch eine hochrangige indische Delegation mit der ich mich unter anderem zu den deutsch-indischen Beziehungen austauschen konnte. Darüber finden Sie hier einen kurzen Bericht.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Europäischer Rat & NATO-Gipfel • „Meseberger Erklärung“ • Empfang der „India Foundation“ • UN-Sicherheitsrat • Griechenland am Kapitalmarkt • Zahlen und Fakten

Europäischer Rat und NATO-Gipfel:

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Am Donnerstag hielt die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zu den beiden Gipfeln in Brüssel – dem Europäischen Rat und dem NATO-Gipfel.

Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU am gestrigen und heutigen Tag standen drängende Fragen für den Zusammenhalt Europas auf der Tagesordnung. Es wurde in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin am Donnerstag sehr schnell deutlich, wo der Schwerpunkt der Bundeskanzlerin beim Europäischen Rat liegen würde. Er lag zweifellos beim Thema Migration, besseren Außengrenzschutz sowie der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Die in langen gemeinschaftlichen Debatten gefundenen Ergebnisse in diesem Bereich sind meines Erachtens besser als es zu erwarten war. Vor allem die Anerkennung, dass Migration keine nationale, sondern eine gesamteuropäische Herausforderung ist, hat es so bisher nicht gegeben. Die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse des Rates sind:

- Kommission soll ein Konzept regionaler **Ausschiffungsplattformen** in enger Zusammenarbeit mit den betreffenden Drittländern sowie dem UNHCR und der IOM erarbeiten. Diese Plattformen sollen unter Unterscheidung individueller Gegebenheiten tätig sein, das Völkerrecht in vollem Umfang achten und vermeiden, dass eine Sogwirkung entsteht. Durch Such- und Rettungseinsätze gerettete Menschen kommen dann nicht mehr automatisch in die EU.

- freiwillige **Einrichtung kontrollierter Zentren** mit vollständiger Unterstützung durch die EU, in denen eine rasche und gesicherte Abfertigung, durch die zwischen irregulären Migranten, die rückgeführt werden, und Personen, die internationalen Schutz benötigen, unterschieden würde.
- Vertiefung der **Partnerschaft mit Afrika** durch Erhöhung des EU-Treuhandfonds für Afrika um 500 Mio. Euro, Schaffung eines Rahmens zur substantiellen Erhöhung privater Investitionen, erhöhte Entwicklungsfinanzierung.
- Aufstockung der Mittel und ein erweitertes Mandat für **FRONTEX** zur Grenzsicherung
- Die Kommission soll Gesetzgebungsvorschläge für eine effizientere und kohärentere europäische **Rückkehrpolitik** vorlegen.
- Intensivierung der Unterstützung für die Sahelzone, die libysche Küstenwache, Gemeinschaften an der Küste und im Süden, humane Aufnahmebedingungen, die humanitäre freiwillige Rückkehr, die Zusammenarbeit mit anderen Herkunfts- und Transitländern.

Und auch, wenn beim Europäischen Rat Erfolge im Bereich der Migrationspolitik erzielt wurden, bleibt viel zu tun. Eine Einigung zur wichtigen Dublin-Verordnung steht noch aus, auch wenn in den vergangenen Wochen viele Dossiers zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem bereits abgeschlossen wurden. Auch der Vorschlag zu den Asylverfahren wird noch weiter geprüft und die Arbeit daran unter österreichischer Ratspräsidentschaft fortgeführt werden.

Bei der Sekundärmigration, auf die die CSU seit nunmehr zwei Wochen ihren Schwerpunkt legt, wurde sich zwar darauf verständigt, dass sich kein Asylbewerber das Land selbst aussuchen dürfe, aber

die Mitgliedstaaten sollen sich selbst bezüglich notwendiger Rechtsetzungs- und Verwaltungsmaßnahmen eng bilateral miteinander abstimmen. Erfreulich war, dass die Bundeskanzlerin von Seiten Frankreichs, Spaniens, Griechenlands und sogar Ungarns positive Signale zu solch einem Abkommen mit Deutschland erhalten hat. Die Gespräche dazu werden aber alles andere als einfach. Aber ein Anfang ist gemacht.

Aber noch einmal: das einseitige Schließen der deutschen Grenze zu Österreich erzeugt einen Dominoeffekt, der am Ende Italien und Griechenland allein mit der Bewältigung lässt, so dass diese die Ankommenden nicht mehr registrieren und nach Mitteleuropa weiterlassen würden. Ein Alleingang gegen andere europäische Länder ist daher keine Lösung. Deshalb sind weitere europäische Gespräche wichtig, auch wenn sie länger als zwei Wochen dauern. Die Sicherung unseres Wohlstandes – das Fortbestehen der EU als solches – sollte uns diese Wochen wert sein.

Weitere Themen des Europäischen Rats waren Fortschrittsberichte im Bereich der Sicherheit und Verteidigung sowie ein erster Meinungs austausch zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 und den Zeitplan bis zu seiner Verabschiedung. Für den Europagipfel im erweiterten Format fand dann eine Bestandsaufnahme zur Wirtschafts- und Währungsunion statt sowie erste Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Bankenunion und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (siehe „Meseberger Erklärung“).

Ein weiteres Thema der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin war der anstehende NATO-Gipfel ebenfalls in Brüssel. Ungeachtet fortdauernder transatlantischer Spannungen soll am 11./12. Juli von diesem ein Zeichen der Geschlossenheit des Bündnisses ausgehen. Die Bundesregierung wird den Gipfel dazu nutzen, um das Zwischenziel von 1,5 Prozent-Verteidigungsausgaben des BIP bis 2024 darzustellen. Ein Niveau, das wir letztmals 1999 erreichten. Dieses Zwischenziel hat nichts – wie oftmals behauptet – mit blinder Aufrüstung, sondern mit schlicht angemessener Ausrüstung zu tun. Die Digitalisierung und neue Technologien müssen auch in der Bundeswehr vorkommen. Flugzeuge müssen fliegen können, U-Boote tauchen und Schusswaffen schießen können, nicht irgendwie, sondern mit Zuverlässigkeit. Unsere Soldatinnen und Soldaten, die wir zur Friedenssicherung in die Welt entsenden, müssen sich auf die bestmögliche Ausrüstung verlassen können. Nicht mehr und nicht weniger. Des Weiteren soll auch eine Ausbildungs- und Beratungsmission zur Unterstützung der Stabilisierung im Irak beschlossen werden. ■

„Meseberger Erklärung“:

Dem Wohle Europas verpflichtet

In der vergangenen Woche hat sich der deutsch-französische Ministerrat auf Schloss Meseberg auf die gemeinsame Erklärung „Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern“ verständigt. Darin befinden sich gemeinsame Grundlinien für die Vorhaben des Europäischen:

Trotz einer mittlerweile existierenden gemeinsamen Bankenaufsicht und eines gemeinsamen Mechanismus zur Abwicklung maroder Banken sind weitere Schritte zur Stabilisierung des Bankensektors nötig. Nach dem noch unter Bundesfinanzminister Schäuble erstellten europäischen Fahrplan müssen zunächst weitere Schritte erfolgen, um Risiken in den Bankbilanzen zu reduzieren. Erst wenn diese ausreichen, soll bis spätestens 2024 eine Kreditlinie des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als Sicherheitsnetz für den Fall eingerichtet werden, dass der europäische Bankenabwicklungsfonds bei der reibungslosen Abwicklung einer Bank Unterstützung benötigt. Der ESM wird damit aber keine zusätzlichen Risiken eingehen, weil der Bankensektor eventuelle Hilfsmaßnahmen zurückzahlen muss. Dies wird keine zusätzlichen ESM-Mittel binden, da im Gegenzug das ESM-Instrument zur direkten Rekapitalisierung von Banken entfallen soll.

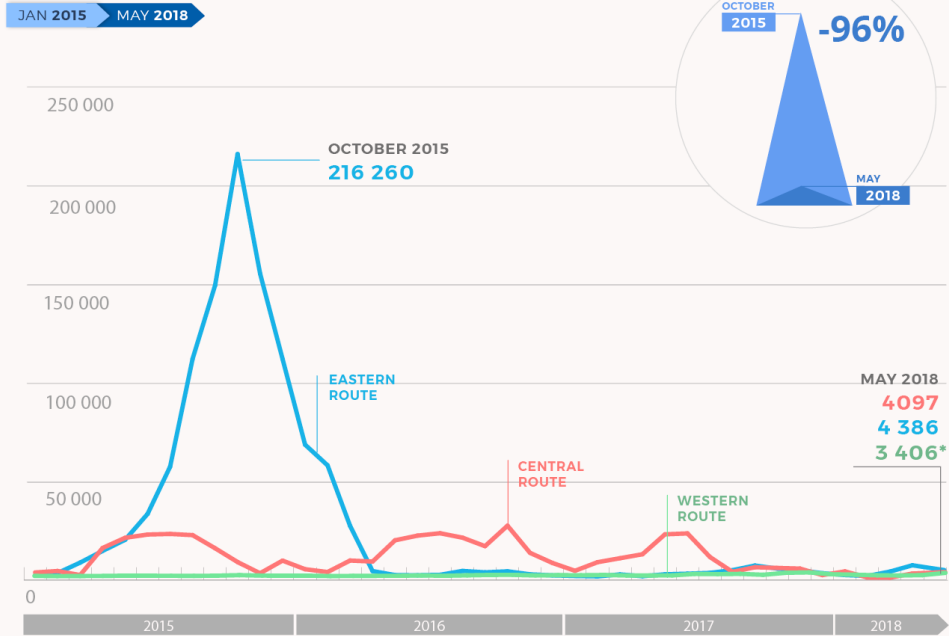
Es wurde außerdem vereinbart, dass der ESM im Sinne eines Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt werden soll. Er soll künftig in die Lage versetzt werden, die wirtschaftliche Lage in allen Euro-Ländern zu beurteilen und so helfen, Krisen frühzeitig zu erkennen. Wenn ein in Not geratenes Euro-Land Hilfe benötigt, soll er Einfluss auf die Ausgestaltung eines Hilfsprogramms nehmen und es überwachen. Falls sich die Schuldenlast eines Landes als nicht mehr tragbar erweist, soll eine Umschuldung vereinfacht werden. Bei den Verhandlungen mit Frankreich ist es der Bundesregierung gelungen, das Prinzip, dass Hilfen auch künftig nur unter der Voraussetzung von strengen Auflagen gewährt werden, weiterhin als Grundlage der Arbeit des ESM zu verankern.

Mit dem in Meseberg außerdem vorgeschlagenen Haushalt für die Eurozone innerhalb des EU-Rahmens wurde der im Koalitionsvertrag vereinbarte Investivhaushalt aufgegriffen. Denn für das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion ist wichtig, dass alle Euro-Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht dauerhaft auseinanderfallen. Um es ganz klar zu sagen: Hier geht es um Hilfe zur Selbsthilfe im wohlverstandenen Eigeninteresse. ■

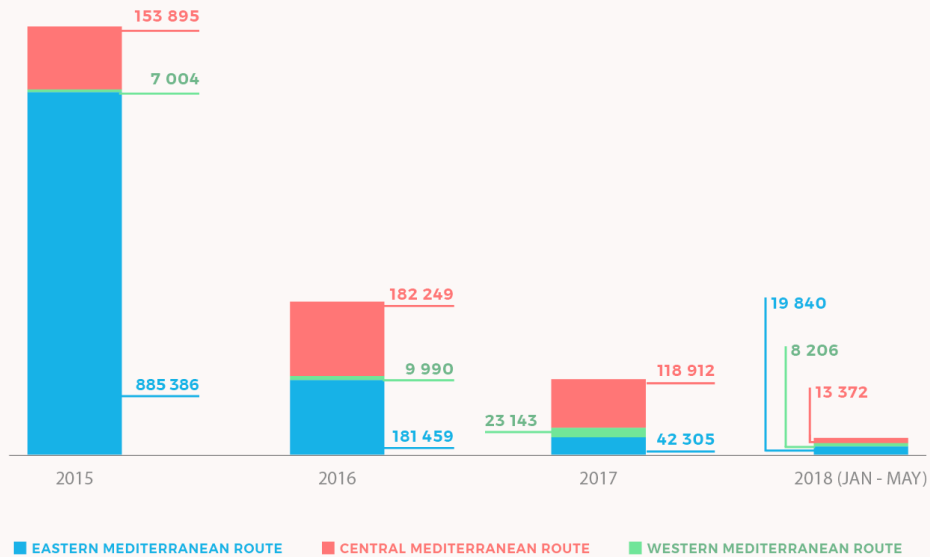
Aktuelle Zahlen der Migration in die EU

Migration flows: Eastern, Central and Western Mediterranean routes

MONTHLY IRREGULAR ARRIVALS



YEARLY IRREGULAR ARRIVALS



Source : Frontex
* Data from joint operations (sea crossings)



„India Foundation“ im Bundestag zu Gast:

Bekanntnis zur Stärkung der EU-indischen Zusammenarbeit

Am Mittwoch hatte ich als Indien-Berichterstatter meiner Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss das Vergnügen eine hochrangige Delegation des Think Tanks „India Foundation“, die aus Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern aus Militär, Wirtschaft sowie Medien bestand, im Deutschen Bundestag begrüßen zu können. Thematisch standen dabei unterschiedliche außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen im Vordergrund: Perspektiven eines EU-Indien-Freihandelsabkommens, die maritime Sicherheitszusammenarbeit sowie die geostrategischen und globalpolitischen Auswirkungen der neuen Rollen der USA und China. Wir haben uns in dem Gespräch parteiübergreifend zu einer Stärkung der Beziehungen bekannt. Die Handelsbeziehungen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Verteidigung, Wissenschaft und Wirtschaft sind allerdings stark ausbaufähig. Ich plädiere in dem Zusammenhang vor allem für eine schnelle Wiederaufnahme der Verhandlungen zum EU-Indien-Freihandelsabkommen und bin auf die kommenden deutsch-indischen Regierungskonsultationen gespannt. Schließlich kann Deutschland ein wichtiger Motor der EU-indischen Beziehungen sein! ■

Vereinte Nationen:

Deutschland zurück im Sicherheitsrat

Am 08. Juni wählte die UNO-Vollversammlung Deutschland zu einem der fünf neu zu wählenden nicht ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Die erfolgreiche Kandidatur Deutschlands für diesen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat für die Periode 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019 ist Ausdruck des Vertrauens in unser internationales Engagement. In dem mit dem Koalitionspartner eingebrachten Antrag bekräftigen wir unsere Bereitschaft, künftig mehr Verantwortung für den Erhalt der multilateralen Ordnung und für Krisenprävention und -lösung zu übernehmen. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, diese zwei Jahre dazu zu nutzen, um etwa die Blockade im Sicherheitsrat in der Syrien-Politik zu lösen, die Bemühungen um eine VN-Blauhelmtrope an der ostukrainischen Grenze voranzubringen und das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Für eine dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt wollen wir, dass dieser Sitz Deutschlands ein Sitz aller Mitglieder der EU ist. ■

Griechenland:

Rückkehr an den Kapitalmarkt

Die Eurogruppe hat sich in der vergangenen Woche auf den Abschluss des dritten Hilfsprogramms für Griechenland geeinigt. Ein viertes Hilfsprogramm ist nicht erforderlich. Nach acht Jahren kann sich Griechenland wieder am Kapitalmarkt refinanzieren. Das Prinzip „finanzielle Hilfe als Gegenleistung für Reformen“ hat gewirkt.

Die Mittel des 3. Hilfsprogramms brauchten nicht ausgeschöpft werden, von 86 Milliarden Euro wurden knapp 62 Milliarden Euro benötigt. Eine langfristige Schuldentragfähigkeit erfordert jedoch verbesserte Konditionen für den Schuldenbestand. Die Eurogruppe hat dazu ein Maßnahmenpaket entwickelt. Dieses umfasst – wiederum gegen Auflagen – die Umleitung von EZB-Gewinnen aus Ankäufen griechischer Staatsanleihen in die Reduzierung des griechischen Finanzbedarfs oder vereinbarte Investitionen, den Verzicht auf eine vorgesehene erhöhte Zinsmarge, Verschiebungen von Zins- und Tilgungszahlungen sowie Verlängerungen von Laufzeiten. Die Umsetzung dieser Finanzhilfevereinbarung bedarf der Zustimmung des Deutschen Bundestags.

Ein Schuldenerlass oder Schuldenschnitt ist nicht vorgesehen. Forderungen nach einem Rückkauf alter IWF-Darlehen sind ebenfalls vom Tisch. Der IWF bleibt mit seinen bisherigen Darlehen engagiert und wird auch mit seiner Expertise an der Nach-Programm-Überwachung mitwirken. Griechenland wird sich vierteljährlich einer verstärkten Überwachung durch die Institutionen stellen müssen.

Zuvor hatte Griechenland in den vergangenen Jahren immer wieder umfassende Reformauflagen als Voraussetzung für die Hilfskredite erfüllen müssen. Allein die griechische Regierung von Alexis Tsipras hat in den letzten drei Jahren 450 Gesetze und Erlasse verabschiedet, um den Auflagen der Geldgeber gerecht zu werden. Diese waren insgesamt notwendig, um Griechenland auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen, die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung zu sichern und verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Allerdings bedeuteten viele der Maßnahmen auch eine enorme Belastung und tiefe Einschnitte für die griechische Bevölkerung. Um den Staatshaushalt auszugleichen hat Griechenland seine Staatsausgaben seit 2009 um 30 % reduziert und gleichzeitig die Steuern erhöht. Das ging nicht, ohne beispielsweise die Renten und die Löhne im öffentlichen Sektor deutlich anzupassen. Diese Kraftanstrengungen der Bürgerinnen und Bürger in Griechenland verdienen auch unsere Anerkennung und unseren Respekt. ■

Zahlen und Fakten I:

Jeder Dritte verfolgt Sportveranstaltungen online

Ob mit dem Tablet in der Bahn oder via Liveticker auf dem Smartphone – dank immer umfangreicherer Online-Angebote steigt die Zahl der Nutzer, die Sportereignisse im Internet verfolgen. Im vergangenen Jahr griff jeder dritte Internetnutzer auf Livestream oder Liveticker zurück. 2016 waren es noch 23 Prozent gewesen. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Bitkom-Studie. Gefragt nach den verwendeten Geräten gibt mehr als die Hälfte aller Befragten (54 Prozent) an, das Smartphone für Live-Übertragungen zu nutzen. Nahezu gleichauf liegt der heimische Smart-TV (53 Prozent). Entgegen anderslautender Vermutungen profitieren von der zunehmenden Beliebtheit von Online-Angeboten vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender: Zu den meist genutzten Angeboten im Netz gehören für 48 Prozent der Befragten die Programme von ARD und ZDF. Auch hier stieg die Zahl der Nutzer von 44 Prozent 2016 auf 48 Prozent 2017. (Quelle: Bitkom) ■

Zahlen und Fakten II:

Kostenpflichtige Filme bei Senioren immer beliebter

Während die öffentlich-rechtlichen Sender für Sportübertragungen im Internet an Attraktivität gewinnen, sehen sie sich im Bereich Filme und Serien immer größerer Konkurrenz durch kostenpflichtige Videostreaming-Dienste ausgesetzt. 37 Prozent der Internetnutzer, und damit zwei von fünf Personen, streamen Filme und Serien über kostenpflichtige Portale wie etwa Amazon Prime Video oder Netflix. 2017 waren es nur 29 Prozent. Dass vor allem junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahre auf die Angebote zurückgreifen, überrascht wenig. Hier nutzt jeder Zweite diese Dienste. Doch auch die über 65-Jährigen wissen diese Angebote immer mehr zu schätzen. Die Nutzerzahlen stiegen hier von noch 8 Prozent 2016 auf aktuell 20 Prozent. (Quelle: Bitkom) ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Meine Woche in Bildern

Unten: Gespräch mit Seiner Exzellenz, dem Botschafter der Republik Indonesien, Herrn Arif Havas Oegroseno



Unten: Austausch mit einer Delegation des Think Tanks „India Foundation“, die aus Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern aus Militär, Wirtschaft sowie Medien bestand



Oben: Treffen mit der diesjährigen Jugend im Parlament-Stipendiatin, Charlotte Stöckel, auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes